Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

278 (27.11.1918)

Visual Library

No. 278. Karlsruhe, Mittwoch den 27. November 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼jährl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1,35 M bezw. 4.05 M, vorauszahlbar

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme ½9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die Reichskonferenz.

Berlin, 25. Nov. Am Ende der Nachmittagssitzung wird auf Vorschlag Eberts folgendes Resumee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A.- und S.-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuarbeiten.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatten Staatssekretär Wurm vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär Köth vom Demobilmachungsamt und Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt Referate. Müller warnt vor allem vor unberechtigten Eingriffen in den feinen Apparat des Geld- und Kreditsystems und schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf deren bisheriger Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben habe.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt weist auf das Gesetzlose der Finanzzustände des Reiches hin. Eine zulange Dauer des rechtslosen Zustandes müsse zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Er entwickelt sodann ein großes Finanzprogramm, in dem schärfste Bekämpfung der Steuerflucht, eine große Kriegsgewinnsteuer, sowie Besteuerung der Mehrgewinne und Vermögensabgabe enthalten sind.

Auf die Ausführungen von Eckert-Braunschweig verlas Staatssekretär Köth die neueste Verordnung gegen die Weiterführung der Kriegsaufträge und nach 9 Uhr abends spricht Ebert das Schlußwort: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit und Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert sodann an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbstzucht durch die Sozialdemokratie nicht verloren seien. — Der Bericht der heutigen Sitzung macht es Allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festlegung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Unter lebhaften Bravorufen dankt er und schließt die Konferenz.

*

Berlin, 26. Nov. Wie wir hören, haben sich in der gestrigen Konferenz der deutschen Bundesstaaten folgende Vertreter für die Einberufung der Nationalversammlung außer den Regierungsvertretern ausgesprochen: Ullrich (Hessen), Heymann (Württemberg), Crispien (Württemberg), Geiß (Baden), Eisner (Bayern) (bedingt), Haas (Baden) und Gradnauer (Sachsen), dagegen nur Mergers (Braunschweig) und Geilner (Gotha). Der Vorschlag, ein Reichspräsidium zu schaffen, wurde nur zur Kenntnis genommen, aber nicht zur Abstimmung gebracht.

Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 26. Nov. (Privattelegramm.) Ueber die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission am 24. Nov. wird noch mitgeteilt: Zur beschleunigten Regelung der Gefangenenfragen luden die deutschen Vertreter die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Die französischen Vertreter werden vorher in Spaa mit der Gefangenenkommission Fühlung nehmen. Von deutscher Seite wurde ferner die Erlaubnis zum Abtransport einer Division aus der Krim auf dem Seewege Sebastopol und Nikolajew angeregt, da die eisenbahntechnischen Schwierigkeiten einem Abtransport zu Lande im Wege stünden.

Den Vertretern der Alliierten ist weiter mitgeteilt worden, man versuche jetzt, ihren Wünschen entsprechend, in Deutschland Bahnpersonal für den Betrieb der den Alliierten ausgelieferten Linien zusammenzuziehen. Die 30000 Lokomotiven, die sich noch im Osten und auf dem Balkan befinden und von uns in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen angeboten worden sind, sind nicht Beutelokomotiven, sondern durchweg deutscher Herkunft.

Die englischen Vertreter übergaben im Auftrag der englischen Regierung eine sehr scharf gehaltene Erklärung über die schlechte Behandlung der britischen Gefangenen. Es würden die verantwortlichen Personen gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen, ferner Ersatz verlangt und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden. Die deutschen Vertreter protestierten sodann gegen eine vorzeitige Besetzung von Orten in der Pfalz und vorzeitige Gefangennahme deutscher Soldaten auf dem linksrheinischen Gebiete.

WTB. Spaa, 24. Nov. Heute ist dem General Nodant folgende Note überreicht worden: Hierher gelangten Nachrichten zufolge ist bei der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland in Frage gestellt worden. Das erstreckt sich nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch auf den Telegramm-, Fernsprech- und Postverkehr. Dadurch ist auch der Zahlungsverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Wie ohne weiteres ersichtlich ist, werden hierdurch Folgen hervorgerufen, die das wirtschaftliche Leben in den elsaß-lothringischen Gebieten auf das schwerste bedrohen. Die Lohngelder können an verschiedenen Stellen nicht rechtzeitig beschafft werden. Ferner gehen die Gelder für ausgeführte Lieferungen nicht an die Empfangsberechtigten ein. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, z. B. in Saarbrücken. Es wird gebeten, diesem unhaltbaren Zustande, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterschaft, die an erster Stelle davon betroffen wird, sofort abzustellen.

gez. v. Haniel.

Die National-Versammlung.

WTB. Berlin, 26. Nov. Der Soldatenrat der Obersten Heeresleitung hat heute an den Gouverneur von Kiel, den Reichstagsabg. Noske, folgenden Funkspruch gerichtet: Wir begrüßen lebhaft die Kundgebung der Kameraden von der Marine und schließen uns der von ihnen ausgesprochenen Entrüstung bezüglich der Vorgänge in Berlin rückhaltlos an. Wir verurteilen mit ihnen auf das schärfste das Treiben gewisser Minderheiten, weil wir darin die größte Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und den Bestand des Reiches erblicken. Ebenso sind wir mit den Matrosen in Kiel eins in dem Wunsche nach einer Nationalversammlung, die alsbald unter Mitwirkung der unter den Waffen Stehenden einzuberufen ist. Daher halten wir es für unsere Pflicht, die Regierung Ebert-Haase mit allen Mitteln zu unterstützen. Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung.

Die Wahlordnung zur Nationalversammlung.

Berlin, 26. Nov. Die gestrigen Verhandlungen über den Entwurf der Wahlordnung zur Nationalversammlung haben eine Entscheidung noch nicht gebracht, da sie mittags abgebrochen und erst heute früh fortgesetzt werde. Der Entwurf scheint aber laut „Vorwärts" eine freundliche Aufnahme gefunden zu haben. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, doch rechnet man mit 40 Verhältniswahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl Abgeordneten entfallen. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Zu den Scheidemannschen Vorschlägen wird in der „Deutschen Allgemeinen Ztg." geschrieben: Man könnte sie nach einer Richtung hin noch weiter vereinfachen, wenn die eingereichten Listen der Parteien von jeder für sich gedruckt und den Agitatoren der Parteien zur Verteilung an die Wählerschaft zugestellt würde. Man müßte mit der Ungewandtheit namentlich ländlicher Wähler rechnen, die es oftmals versäumen würden, die von ihnen gemeinte Liste zu unterstreichen und so würde eine erhebliche Anzahl von ungültiger Stimmen herauskommen, was doch sicherlich nicht im Interesse dieser ersten Wahl im neuen Deutschland sein würde.

Delegiertenversammlung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte.

WTB. Berlin, 25. Nov. Der Vollzugsrat gibt bekannt, daß die Delegiertenversammlung sämtlicher deutschen Arbeiter- und Soldatenräte nur für den 16. Dezember nach Berlin zusammenberufen ist. Sämtliche anderen Bekanntmachungen, die von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten oder von sonstigen Stellen ausgehen, sind irreführend.

Die englische Flotte in Kiel?

Haag, 26. Nov. Aus London wird berichtet: Es bestätigt sich, daß die englische Flotte Montag früh nach Kiel ausgefahren ist. Drei Minenfeger fuhren in Richtung Kopenhagen, um die Fahrtrinne bei Alsenör nach der Kieler Bucht für die großen Schlachtschiffe der englischen Flotte freizumachen.

Enthüllungen über den Kriegsursprung.

* **Karlsruhe,** 27. November.

Die Männer der neuen Regierung halten Wort. Mit Röntgenstrahlen leuchten sie in die brüchigen Verhältnisse des alten Systems hinein. Nach dem Finanzminister Jaffe, der über die Friedensverhinderung vom Dezember 1917 Enthüllungen gebracht hat, kommt nun der bayerische Ministerpräsident mit Enthüllungen über den Ausbruch des Krieges selbst. Die „Korrespondenz Hoffmann" teilt dazu mit:

Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Aeußern, Kurt Eisner, hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könne, das die Voraussetzung für einen Frieden der Volkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt.

In einem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Oesterreichs an Serbien bestehen. Es heißt in diesem Bericht u. a.:

„Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Balkanreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, zu berichten: Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat zu unternehmen und der in Ueberreichung einer Note in Belgrad bestehen wird, wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung dieser Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herren Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um mit den Zweibundmächten eine Verständigung zu erleichtern betr. eine etwaige Gegenaktion. Bis dahin gibt man sich in Wien durch gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung. Wie mir Herr Zimmermann sagte: wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten: „1. Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie verurteile. 2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat vor Serajewo; Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung. 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

„Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand, wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen. Ob man wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Tschirschky wie Herrn Zimmermann noch zweifelhaft. Man ist hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier auf Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Grafen Berchtold und dem Grafen Hoyos gab, der zur Uebergabe des allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemoriale hierher bekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen der Aufnahme in der Dreibund zu verhandeln.

„In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hatte den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlußlosen Stellen Wiens fast unangenehm gewesen wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, daß Graf Berchtold, drei Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen. Man hatte es daher auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten."

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische

Aktion geplaudert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise, der Chef des großen Generalstabes sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die andern Mächte. Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten Deutschlands zu den Mächten allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: „Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England als auch Frankreich, denen ein Krieg zu Zeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden. Außerdem baut er darauf, daß „Bluffen" eines der beliebtesten Requisiten der russischen Politik bildet, daß der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht."

Ueber England wird gesagt, daß ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkte schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Käme es freilich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört werde.

Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Fürst Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Oesterreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe. (Also schon damals.)

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, „daß die zweifelos redlichen Bemühungen Greys, für Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden." Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert: „Es laufen zurzeit zwei Ultimaten, — Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden — Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung — Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag, 1. August um Mitternacht. Der preußische Generalstab sieht dem Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen und rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer herrsche kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze, schlechteres Gewehr."

Im Bericht vom 4. August, woraus übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: „Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Generalstabschef hat erklärt, daß selbst englische Neutralität um Preis Respektierung Belgiens zu teuer wäre, da Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf Linie Belgiens möglich."

Man muß wohl die Entgegnung der Regierungsvertreter von 1914 abwarten. Aber eines steht durch die Erklärungen jetzt schon bombensicher fest: Herr v. Bethmann und Herr v. Jagow haben uns mit ihren Versicherungen, daß sie von dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien nichts wußten, frech und glatt angelogen. Im übrigen läßt sich heute nur noch sagen: Die Wahrheit über den Kriegsursprung hat vom Osten her ihren Marsch angetreten. Rußland hat unter der Regierung Kerenskis seine Schurken à la Sasanow als Kriegshetzer entlarvt. Deutschland folgt jetzt dessen gutem Beispiel. Nun wandere weiter, Wahrheitsenthüllung, zu den Mächten der Entente und zeige uns in Frankreich bei einem seit vier Jahren schuldigen Prozeß gegen den Mörder Jaurès, weshalb und auf wessen Geheiß dieser große Franzose niedergeknallt wurde.

Deutsches Reich.

Das neue Steuerfluchtgesetz.

Das alte Steuerfluchtgesetz kennt nur die subjektive Steuerflucht, die Auswanderung des Steuerpflichtigen. Das neue am 21. ds. Mts. beschlossene Steuerfluchtgesetz wendet sich gegen die objektive Steuerflucht: gegen die Verbringung von Vermögensteilen ins Ausland. Seine wichtigsten Bestimmungen sind die folgenden:

Es ist verboten, Wertpapiere ins Ausland zu verbringen anders als durch Vermittlung der Banken. Als Wertpapiere gelten nicht die Zahlungsmittel, die durch die in Kraft bleibende Devisenordnung geschützt sind. Banken dürfen einen Auftrag auf Verbringung von Wertpapieren ins Ausland oder auf Gutschrift von einem inländischen auf ein ausländisches Konto nur ausführen, wenn der Antragsteller in doppelter Ausfertigung eine Erklärung über Inhalt und Zweck des Geschäftes abgibt. Eine Abschrift dieser Erklärung hat die Bank in einer Woche an die Steuerbehörde einzureichen. Die eigenen Geschäfte der Bank fallen nicht unter diese Bestimmung. Das Reichswirtschaftsamt kann weitere Ausnahmen gestatten.

Ferner ist ein Verbot für die Errichtung eines Kontos (Hinterlegung von Wertsachen und Mieten von Schließfächern) unter falschem Namen erlassen worden. Die Bank hat sich über die Persönlichkeit des Antragstellers zu vergewissern.

Auf eine Uebertretung dieser Verbote sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100 000 Mark Geldstrafe, wahlweise mit Gefängnis bis zu drei Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Wenn eine Bank an der Uebertretung des Verbots durch Lässigkeit mitwirkt, verfällt sie einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark; wirkt ein Bankbeamter absichtlich an der Uebertretung des Verbotes mit, so wird er nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches Mitschuldiger. Auch der Versuch ist strafbar.

Der Gewalt weder Frieden noch Brot.

Vor allem anderen und über allem anderen braucht das deutsche Volk Frieden. Das war die Erkenntnis, die seit langem beim deutschen Volke feststand. Erhalten können wir den Frieden nur, wenn ihn uns die siegreiche Entente gewähren will. Irgend ein Gewaltmittel, ihn zu erzwingen, haben wir nicht.

Nun hat die Entente, nun hat vor allem Präsident Wilson wiederholt und unzweideutig ausgesprochen, daß sie nur mit einem Deutschland Frieden schließen würden, welches eine geordnete demokratische Verfassung hat, in dem die höchste Entscheidung in der Hand einer vom ganzen Volke gewählten Volksvertretung liegt. Das Wort des Obersten House, des besonderen Vertrauensmanns Wilsons für Europa: „Einer Gewaltherrschaft geben wir weder Frieden noch Brot!" ist so unzweideutig, daß es für Zweifel und Ausflüchte keinen Raum mehr läßt.

Wenn alle Meldungen über diese Haltung der siegreichen Gegner in manchen Arbeiterkreisen noch nicht den Eindruck gemacht haben, den sie machen müßten, so liegt das wohl daran, daß man ihnen nicht glaubt. In der jüngsten Zirkus Busch-Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat der Vorsitzende des Vollzugsrates, Genosse Richard Müller, ausdrücklich gesagt, er halte alle diese Meldungen für eine Erfindung der kapitalistischen Presse.

Nun liegt die erste Tatsache vor, die über alles Mißtrauen gegen Pressemeldungen hinaus beweist, daß tatsächlich die Entente mit einer von den Arbeiter- und Soldatenräten allein eingesetzten Regierung nicht verhandeln würde. Für die Ausführung der Waffenstillstandsverhandlungen zur See hatten die Matrosen eine Kommission bestimmt, der sie einige höhere Seeoffiziere als technische Sachverständige beigegeben hatten. Der oberste Flottenchef der Entente, Admiral Beatty, hat jedoch mit den Vertretern der Matrosenräte überhaupt nicht verhandelt und mit dem deutschen Admiral erst dann, als dieser eine unbegrenzte Vollmacht der Reichsregierung auswies. Offenbar handelt Beatty dabei nicht auf eigene Faust, sondern gemäß den Beschlüssen aller Ententeregierungen. Der Fall beweist klar genug, daß der Weg zum Frieden und zu den Lebensmittellieferungen nur über die konstituierende Nationalversammlung geht. Wer sie verwirft, macht auch den Frieden und die Ernährung des deutschen Volkes unmöglich. Nur wirklichkeitsfremder Starrsinn kann sich noch dieser Tatsache verschließen.

Vom preußischen Schulwesen. Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt, daß der Volksschullehrer Menzel Dahlem, der bekannte Schulpolitiker und Vertrauensmann der deutschen Lehrerschaft in das neue Ministerium berufen worden ist und schon in den nächsten Tagen seine Tätigkeit daselbst aufnehmen wird. Wie weiter mitgeteilt wird, beabsichtigt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, beim Staatsministerium die Reichsregierung zur Einberufung einer Schulkonferenz zu veranlassen, die aus freiheitlich und neuzeitlich gerichteten Pädagogen und Sachverständigen bestehen und die gründliche Erneuerung des deutschen öffentlichen Schul- und Erziehungswesens vorbereiten soll. Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist bereit, im Auftrage des Reiches die entsprechenden Schritte zu tun. An Orten, wo sich entsprechende Lehranstalten für Mädchen nicht befinden, sind die höheren Schulen grundsätzlich auch den Mädchen zu öffnen.

Das Heeresgut. Alle Arbeiter- und Soldatenräte werden gebeten, Vorkehrungen zu treffen, daß alle Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die auf Bahnhöfen oder anderen Orten von Truppen der einzelreisenden Heeresangehörigen niedergelegt oder abgegeben sind, gesammelt, bewacht und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Artilleriedepot zugeführt werden. Die Ausführung dieser Weisung wird große Werte des Volksvermögens erhalten.

Unterstaatssekretär Göhre, i. A.: Reinhardt.

Ausland.

Große Geldsendung für Wilhelm II.

Von der schweizerischen Grenze, 24. Nov. Der Korrespondent des „Daily Chronicle" telegraphiert unterm 22. November: Soeben ist für den Exkaiser eine bedeutende Geldsendung eingetroffen. Sie setzt sich aus ungefähr 200 Säcken zusammen, die je 50 Kilo in Gold- und Silberstücken deutscher Währung enthalten. Man weiß nicht, von welchem Orte Deutschlands die Spedition erfolgte. Ebenso wird der Ort, wo der Schatz aufbewahrt werden soll, streng geheim gehalten. Man glaubt jedoch, annehmen zu dürfen, daß das Geld in irgend einer Stadt im südlichen Holland auf einer Bank deponiert werden wird. Die Geldsendung passierte die holländische Grenze in einem versiegelten Waggon.

Sie wollen ihn haben.

WTB. London, 25. Nov. Reuter. Der Korrespondent des Reuterschen Büros in Belgien meldet unter dem 24. November: Ich erfahre aus guter Quelle, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtssachverständigen nach einer Untersuchung der Angelegenheit erklärt haben, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu befehlen und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabdankung gegeben habe und er nicht das Recht habe, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf Zuflucht in Holland geltend machen könne. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei dem die Auslieferung des Kaisers gefordert werden würde.

Genf, 25. Nov. (Havas.) Die französische Presse bespricht lebhaft die Haltung Hollands und die Handlungen des Haager Kabinetts. „Matin" bezeichnet diese Handlungen als Mangel an Folgerichtigkeit und fügt hinzu: Der Aufenthalt des Kaisers und des Kronprinzen und einer Anzahl ihrer tätigen Parteigänger in Holland verpflichten die Regierung der Niederlande zu gewissenhafter Neutralität und zu größerer Besonnenheit, als irgend einen andern Staat. Unglücklicherweise hätten aber die Niederlande nicht so gehandelt. Die Note der französischen Regierung sei die erste Warnung. — „Journal" spricht seine Ueberraschung aus angesichts dessen, daß die Haager Regierung ihre Gefälligkeitsakte gegen Deutschland verdoppelte, welche die Achtung für die Besiegten nicht allein erklären könnten. Die Regierungen in London, Paris und Brüssel sähen sich infolgedessen gezwungen, durch wiederholte Einsprüche eine Reihe bedauerlicher Tatsachen zu kennzeichnen.

WTB. Budapest, 25. Nov. Der ungarische katholische Episkopat mit dem Fürstenprimas Csernoch an der Spitze richtete an den Ministerpräsidenten Grafen Karolyi ein Schreiben, in dem er erklärte, daß die Kirche zur Verwirklichung der demokratischen Besitzreformen ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier. 67

(Fortsetzung.)

Am folgenden Tage schloß er sich mit dem Notare, seinem Freunde, ein; den Tag darauf wurde er immer schwächer und schwächer und hütete das Bett; aber als der Sonntag gekommen war, stand er auf, ließ sich pudern und zog sein schönstes Kleid an. Benjamin war, wie er versprochen hatte, nach Clamecy gegangen und hatte die Einladungen persönlich gemacht; alle seine Freunde hatten der Aufforderung zum Leichenbegängnisse Folge geleistet und um vier Uhr fanden sie sich sämtlich im Salon versammelt. Wankend und auf den Arm meines Onkels gestützt, säumte Herr Minxit nicht zu erscheinen; er drückte ihnen allen die Hand und dankte ihnen freundlich, seinem letzten Wunsche, der, wie er sagte, die Laune eines Sterbenden sei, nachgekommen zu sein.

Diesen Mann, den sie vor einiger Zeit so heiter, so glücklich, so lebensvoll gesehen, hatte der Gram gebrochen und das Alter war mit einem Male über ihn gekommen. Bei seinem Anblick vergossen alle Tränen und selbst Arthus fühlte plötzlich seinen Appetit verschwinden.

Ein Diener meldete, daß das Essen aufgetragen wäre. Herr Minxit setzte sich, wie gewöhnlich, an das Ende der Tafel.

„Meine Herren", sagte er zu seinen Gästen, „dieses Essen ist für mich das letzte; ich wünsche, daß meine letzten Blicke nur auf vollen Gläsern und lachenden Gesichtern ruhen; wenn Sie mir Freude machen wollen, so lassen Sie Ihrer gewohnten Heiterkeit freien Lauf." Er goß sich einige Tropfen Burgunder ein und hielt sein Glas seinen Gästen hin.

„Auf Herrn Minxits Gesundheit!" sagten sie sämtlich.

„Nein," erwiderte Herr Minxit, „nicht auf meine Gesundheit; wozu dient ein Wunsch, der nicht in Erfüllung gehen kann? Aber auf Ihre Gesundheit, meine Herren, auf Ihr Wohlergehen, auf Ihr Glück, und möge Gott diejenigen von Ihnen, die Kinder zu verlieren haben, in seinen Schutz nehmen."

„Herr Minxit," bemerkte Guillerand, „hat sich die Sachen auch allzusehr zu Herzen genommen; ich hätte ihn nicht für fähig gehalten, vor Kummer zu sterben. Auch ich verlor eine Tochter, die ich bei den Nonnen in Pension gegeben hatte. Für den Augenblick bekümmerte mich dies sehr, allein ich befand mich deshalb nicht schlechter und ich gestehe offen, daß ich bisweilen dachte, ich brauchte nun kein Kostgeld mehr für sie zu zahlen."

„Eine in deinem Keller zerbrochene Flasche," unterbrach ihn Arthus, „oder ein aus deiner Pension genommener Schüler würde dir mehr Kummer verursacht haben."

„Solche Redensarten," versetzte Millot, „sind nur dir zuzutrauen, Arthus, der du kein anderes Unglück fürchtest, als den Appetit zu verlieren."

„Ich habe mehr Herz als du, Versemacher!" entgegnete Arthus.

„Dann müßte das deine verdauen können."

„Eine richtige Verdauung hat immer etwas Gutes! Wenigstens brauchen einen dann die Freunde nicht an eine Wagenleiter festzubinden, damit man unterwegs nicht hinabfalle."

„Ich weiß," erwiderte Arthus, „daß du mir grollst, weil ich auf dem Rückwege von Corvol auf dich gefallen bin; aber singe mir dein großes Weihnachtslied vor und wir haben einander nichts vorzuwerfen."

„Und ich behaupte, daß mein Weihnachtslied ein schönes Dichtwerk ist. Soll ich dir einen Brief des hochwürdigen Bischofs zeigen, in dem er mir sein Kompliment macht?"

„Ja, lege dein Weihnachtslied auf das Kohlenfeuer, und du wirst sehen, wie viel es wert ist."

„Daran erkenne ich dich, Arthus; du schätzest nur, was gebraten oder gekocht ist."

„Was willst du, mein Empfindungsvermögen sitzt einmal in den Muskeln meines Gaumens und ich habe es da eben so gern als wo anders. Taugen solid organisierte Verdauungswerkzeuge weniger dazu, glücklich zu sein, als ein weit entwickeltes Gehirn? Das ist die Frage."

„Wenn wir es mit einer Ente oder einer Sau zu tun hätten, so zweifle ich nicht, daß sie sich zu deinen Gunsten entscheiden; aber ich nehme Benjamin zum Schiedsrichter."

„Dein Weihnachtslied gefällt mir außerordentlich," erklärte mein Onkel.

„Auf die Knie, Christen, auf die Knie!"

Das ist herrlich. Welcher Christ könnte sich wohl weigern, niederzuknien, wenn du in einem Verse von zehn Silben zweimal die Einladung an ihn ergehen lässest; aber ich teile Arthus Ansicht, ich ziehe eine am Spieße gebratene Kotelette vor."

„Ein Scherz ist keine Antwort," versetzte Millot.

„Nun gut! Meinst du, daß ein moralischer Schmerz ein eben so großes Weh bereiten kann wie Zahn- oder Ohrenweh? Wenn der Körper lebhafter leidet als die Seele, muß er auch in gleicher Weise mehr Genuß empfinden. Das ist logisch. Schmerz und Freude rühren von derselben Fähigkeit her."

„Die Sache ist die," sagte Minxit, „hätte ich die Wahl zwischen Herrn Arthus Magen und dem krankhaften und übersäuerten Gehirn des Herrn J. J. Rousseau, so würde ich für des Herrn Arthus Magen stimmen. Das Empfindungsvermögen ist die Gabe zu leiden; empfindlich sein heißt mit nackten Füßen über alles Leben zerschneidende Kieselsteine gehen, heißt mit einer offenen Wunde an der Seite durch die uns drängende und stoßende Menge wandeln. Das Unglück der Menschen sind unbefriedigte Wünsche. Nun, jede Seele, die allzu sehr empfindet, ist ein Luftballon, der gen Himmel steigen möchte und über die Grenzen der Atmosphäre nicht hinausgehen kann. Gebet einem Menschen eine gute Gesundheit, einen guten Appetit und versenket seine Seele in ewige Schlaftrunkenheit, so wird er das glücklichste aller Wesen sein. Seine Intelligenz entwickeln heißt Dornen in sein Leben säen. Der Bauer, der Kegel schiebt, ist glücklicher als der geistreiche Mann, der ein schönes Buch liest."

Alle Gäste schwiegen auf diese Rede.

„Parlanta," fragte Herr Minxit, „wie steht mein Prozeß mit Malthus?"

„Wir haben einen Haftbefehl erlangt," erwiderte der Gerichtsvollzieher.

(Fortsetzung folgt.)

WTB. Paris, 26. Nov. (Havas.) Der Professor an der Rechtsfakultät Barthelemy veröffentlicht im „Matin" einen längeren Artikel, in dem er zum Schlusse sagt: Die vom deutschen Kaiser befohlenen Grausamkeiten sind selbst im Kriegszustande durch das Völkerrecht und das internationale Recht verdammt und bilden Verbrechen gegen das gemeine Recht. Der Kaiser ist rechtlich strafbar als Urheber der Grausamkeiten, die er im Widerspruche mit den Kriegsgebräuchen zu begehen befahl. Folglich kann Wilhelm ausgeliefert werden.

Französischer Aufruf an die Elsässer.

WTB. Paris, 25. Nov. An alle! Was für Wunder habt Ihr Straßburger und Elsässer vollbracht, indem Ihr trotz aller Bemühungen und trotz des verhaßten Loses in Eurer Treue ganz die heilige Liebe zum Vaterland gewahrt habt. Die Geschichte kennt zweifellos kein zweites Beispiel einer so bewunderungswürdigen Treue. Ihr Soldaten habt heldenmütig in der längsten Schlacht, die es jemals gegeben hat, gekämpft. Ihr seid ruhmbedeckt daraus hervorgegangen. Die furchtbare Schranke ist gefallen und der Adler niedergeworfen. Wie eins kommt Frankreich zu Euch, Ihr Straßburger, wie eine Mutter zu einem lieben Kinde, das sie verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur Eure Gewohnheiten, Eure lokale Ueberlieferung, Euren elsässischen Glauben, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen schweren Tagen Eure Ernährung sicher stellen. In dieser herrlichen Stunde, die dem Triumphe des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Elsässer und Ihr befreienden Soldaten in der gleichen Liebe vereinigen. Es lebe Frankreich, es lebe die Armee, es lebe die Republik!

Die Dänen Nordschleswigs.

WTB. Kopenhagen, 25. Nov. Der Minister des Aeußern Erik Scavenius hat namens der Regierung am 25. Nov. dem Reichstagsabgeordneten Hanssen auf dessen Schreiben bezüglich Nordschleswigs eine Antwort gesandt, in der es heißt: Die dänische Regierung, die mit tiefer Befriedigung erfahren hat, daß die politischen Organisationen der Nordschleswiger, in ihrer Resolution vom 17. Nov. sich für eine Lösung der Frage ausgesprochen hat, die mit dem von den Mitgliedern des dänischen Reichstags in der geheimen Sitzung vom 23. Oktober ausgesprochenen Wunsche, Gefühle und Interessen des dänischen Volkes übereinstimmt, wird sich jetzt an die Regierung der assoziierten Mächte wenden, um bei den Verhandlungen über den Weltfrieden für das Recht der dänischen Nordschleswiger Anerkennung zu erlangen, in dem sie gleichzeitig unter Hinweis auf das an sie gerichtete Schreiben dem Minister des Aeußern der deutschen Republik diese Mitteilung hinübergibt. Die dänische Regierung drückt ihr sicheres Vertrauen aus, daß damit der brennende Wunsch aller Dänen bezüglich der Wiedervereinigung seiner Erfüllung nahe sein wird.

Soziale Rundschau.

Vom Schicksal erreicht.

Aus Zeitungsnachrichten erfährt man, daß die unerhörten Zustände in dem Reservelazarett St. Leonhardt bei Ueberlingen nun beseitigt sind. Der dort selbstherrlich waltende Chefarzt hat innerhalb 20 Minuten die Anstalt räumen müssen. Mit dieser kurzen Notiz darf für das badische Volk diese Sache jedoch nicht abgetan sein; sie hat eine sehr lehrreiche Vorgeschichte. Die Bezirksleitung vom Deutschen Metallarbeiterverband hat eine ganze Anzahl von Beschwerden über die dortigen Zustände der badischen Kriegsamtsstelle unterbreitet. Landtagsabgeordneter Strobel-Mannheim hat sich eingehend beim Ministerium des Innern beschwert. In der Kammer der Abgeordneten waren die Verhältnisse Gegenstand scharfer Kritik von seiten der Sozialdemokraten und des Zentrums. Alles vergeblich. Unerhört war die Behandlung der dort untergebrachten nervenleidenden Soldaten. In Tag- und Nachtschicht wurden bei einem vollkommen ungenügenden Lohn — unter Entzug der Reichsunterstützung an die Familien — bei der Firma Schüle u. Bruchsaler die Kranken der — „Genesung" zuzuführen versucht. Die Kriegsamtsstelle und die Gewerbeinspektion haben nie etwas gefunden, was zu Beanstandungen Veranlassung gäbe. Alles war immer in „schönster Ordnung". Die armen Teufel von Soldaten wurden in schikanöseste Art behandelt und ausgebeutet und wehe dem, der sich beschwerte. Nun hat die Revolution auch hier Wandel geschaffen. Das ist gut so. Noch besser aber wird sein, wenn auch dem Hornberger Institut und der mit ihm verbundenen „Besserungsanstalt" von Schüle u. Bruchsaler in Hornberg die gleiche Aufmerksamkeit zugewendet wird, denn dort liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Ueberlingen. Und wenn schon von der badischen Kriegsamtsstelle und ihren reaktionären Leitern, dem Direktor der Bruchsaler Maschinenfabrik in dieser Sache kein Verständnis zu erwarten war, so hätte man zum mindsten von der einst in so hohem Ansehen stehenden badischen Fabrikinspektion ein Einschreiten erwarten dürfen. Aber auch diese legte eine Rückständigkeit an den Tag, die nur zu sehr geeignet ist, das Vertrauen der Arbeiterschaft immer mehr schwinden zu lassen. Auch hier täte eine Reform dringend not.

b. Ettlingen, 25. Nov. Während anderwärts alles getan wird, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, die bei der Entlassung der vielen Tausenden Kriegsteilnehmer droht, während Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vereinbarungen über die Wiedereinstellung der zurückkehrenden Soldaten trafen und eine Arbeitslosenunterstützung über die schlimmste Not hinweghelfen soll, herrscht hier in Ettlingen noch tiefste Ruhe und Stille; man will anscheinend warten, bis das Elend da ist und sieht einstweilen den kommenden Dingen gelassen entgegen. Schon kommen Klagen von Arbeitern, daß sie entlassen werden, ohne nur einen Pfennig Entschädigung zu erhalten. Wenn es sich auch vorerst nur um ledige Arbeiter und Arbeiterinnen handelt, so wollen aber auch diese leben. Die Präpositwerke hatten unter dem Druck der Ereignisse die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Allein, kaum eine Woche später kam eine Bekanntmachung, daß von Montag, 25. Nov., ab wieder 9 Stunden gearbeitet werden. Das Unternehmen hat anscheinend in den 4½ Jahren Krieg noch nicht genug verdient. Allerdings, in allen anderen Betrieben hört man auch noch nichts von einer achtstündigen Arbeitszeit. Man will sich scheints erst dazu bequemen, wenn die gesetzliche Einführung kommt. Dieses rückständige Verhalten des Ettlinger Unternehmertums muß aber für die Arbeiterschaft eine Lehre sein. Wenn alle Arbeiter sich ihren Gewerkschaften angeschlossen hätten, dann stände dem Unternehmertum die geschlossene Macht der Arbeiterschaft gegenüber und sie könnte nicht wagen, nach Willkür und eigenem Gutdünken zu schalten und walten. Auch für die Ettlinger Arbeiterschaft heißt es: Hinein in die Organisation, auf zum Kampf für bessere, menschenwürdigere Lebensbedingungen.

Aus der Partei.

l. Hagsfeld, 26. Nov. Kommenden Samstag, 30. Nov., abends 8 Uhr, findet im „Hirsch" eine Parteiversammlung statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen und Anhänger unserer Partei, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die bevorstehenden Nationalwahlen erfordern die Mitarbeit jedes Einzelnen.

Baden-Baden, 24. Nov. Mit einer überfüllten Versammlung eröffnete die hiesige soziald. Partei den Reigen der öffentlichen Volksversammlungen. Männer und Frauen, dicht gedrängt, Kopf an Kopf, lauschten den Ausführungen des Redakteurs und Landtagsabgeordneten Weißmann. In trefflicher Rede, Satz auf Satz logisch aufbauend, erörterte er die Probleme der hereingebrochenen Revolution und die Aufgaben der neuen Regierung und erntete schontanen Beifall. Ein vielhundertfältiges Bravo durchbrauste den Saal, als der Genosse Weißmann zum Schlusse zur Nationalwahl mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel aufforderte. Als nächste Rednerin sprach Genossin Blase aus Mannheim zu den vielen anwesenden Frauen. Auch diese Rednerin erntete den Dank der Zuhörer. Stadtrat Müller wies mit kurzen Worten darauf hin, alles kleinliche Gezänke in kommunalen Angelegenheiten zurückzustellen und zu vergessen, was hinter uns liegt. Die Versammlung bedeutete einen erfreulichen Auftakt für die Wahlbewegung.

Vorwärts in Ettlingen!

o. Ettlingen, 24. Nov. Soziald. Verein. Die Samstag abend stattgefundene Parteiversammlung erfreute sich eines überaus zahlreichen Besuches. Besonders war auch eine große Anzahl Frauen erschienen. Genosse Stöhrer behandelte in einem sehr interessanten Vortrag die gegenwärtige politische Lage. Ausgehend von den Revolutionsereignissen im vorigen Jahrhundert schilderte er die politische Entwicklung des deutschen Volkes, den Drang der Bevölkerung vom kapitalistischen, junkerlichen und monarchischen Joche. Jahrhundertelang hat das deutsche Volk für die Freiheit gekämpft. Die Entstehung des fürchterlichen Weltkrieges, die opfer- und entbehrungsreichen Jahre des deutschen Volkes schufen allmählich im Volke den eisernen Willen, alledem ein Ende zu machen, sich selbst andere Zustände zu schaffen. Nachdem nun der Militarismus elend zusammengebrochen und die Herrscher ihrer Macht, die sie nur zur Unterdrückung der breiten Massen benützten, enthoben sind, wird es Aufgabe des deutschen Volkes sein, die lang ersehnte Freiheit zu fördern, und weiter auszubauen. Redner ging am Schluß seiner Ausführungen auf die kommenden Nationalwahlen ein und betonte, daß unser Gegner mit aller Kraft in den Wahlkampf eingetreten sind. Auch wir müssen deshalb mit voller Kraft und bester Zuversicht den Wahlkampf entgegengehen. Das kann nur geschehen, wenn jeder Partei- und Gewerkschaftsgenosse seine Pflicht erfüllt. Mit einem Mahnruf an die anwesenden Parteigenossen und Genossinnen für die Parteipresse und den Parteiverein zu agitieren, schloß Redner seinen mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich mehrere Parteigenossen. Der Vorsitzende des Soldatenrats, Gen. Matthies, betonte, daß er sich der Meinung für eine schnelle Einberufung der Nationalversammlung nicht anschließen könne. Des weiteren gab er den Bericht über die Tätigkeit der in Karlsruhe tagenden Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, in der besonders die Ernährungsfrage und die Frage der Nationalversammlung besprochen wurde. Es war zweifellos, daß die Versammlung die Bestrebungen der Spartakusleute ablehnt. Weiter wurde die Wahl der Delegierten zur Delegiertenversammlung vorgenommen. Es wurden die Gen. Stöhrer, Bertsch, Hagemann, für deren Vertreter Gen. Ochs gewählt.

Des weiteren erstattete Genosse Hagemann Bericht über die auf den Landorten abgehaltenen Aufklärungsversammlungen. In anerkennenswerter Weise haben sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Dienst der Aufklärung gestellt; Hand in Hand mit unsern Genossen ist in den Versammlungen auf die große Gefahr, die den Städten droht, wenn der furchtbare Hunger vor den Toren steht, hingewiesen worden. Die Gefahr eines Bürgerkrieges kann nur beseitigt werden, wenn jeder Landwirt restlos seine Pflicht erfüllt, seine Vorräte an Kartoffeln und Getreide nicht versteckt, sondern der notleidenden städtischen Bevölkerung zur Verfügung stellt.

Im letzten Punkt wurden interne Parteiangelegenheiten behandelt. Einige Aufnahmen in die Partei und Abonnements des Volksfreunds konnten verzeichnet werden. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, im kommenden Wahlkampf sich zur Verfügung zu stellen, für Verbreitung des Volksfreunds zu wirken, um für unsere große Aufgaben gerüstet zu sein, schloß Genosse Bertsch in weit vorgerückter Stunde die Versammlung.

Diejenigen Freunde und Gönner unserer Sache, die Abonnenten des Volksfreund und Mitglied unseres Vereins werden wollen, mögen sich an die nachgenannten Parteigenossen wenden: Josef Stöhrer, Klostergasse 3; Rene Bertsch, Leopoldstraße 17; Anton Ochs, Mühlenstraße 91; Adolf Rapp, Kirchenplatz 27.

Baden.

* **Eine Eingabe des Badischen Lehrervereins.** Der Badische Lehrerverein hat an das Unterrichtsministerium eine Eingabe gerichtet, in der die Forderungen erhoben werden, daß das gewerbliche und Fachschulwesen, das heute dem Ministerium des Innern unterstellt ist, als ein Teil des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens angesehen und tunlichst bald dem Unterrichtsministerium zugeteilt werde, sodaß diesem das ganze Bildungswesen untersteht, daß ohne Verzug ein Volksschullehrer als vollberechtigtes Kollegialmitglied in das Unterrichtsministerium berufen werde, das die Verhältnisse des gesamten Schulwesens auf eine feste, neuzeitliche Grundlage stellt.

* **Die Wiederaufnahme der Bautätigkeit.** Im Ministerium für Uebergangswirtschaft fand am Freitag eine Besprechung über die Wiederaufnahme der Bautätigkeit statt. Es wurde beschlossen, das während des Krieges erlassene Bauverbot wieder aufzuheben. Es soll jedoch die Dringlichkeit der Bauten geprüft werden. Die Prüfung wird den Bezirksämtern übertragen. Eine allgemeine Erlaubnis wird erteilt werden für alle Ausbesserungsarbeiten und für den Kleinwohnungsbau. Die meisten Baustoffe werden freigegeben, so insbesondere Holz, Eisen, Zement, nur für die Backsteine und Ziegel wird vorerst die Abgabeerlaubnis beibehalten. Es steht aber zu hoffen, daß es durch Wiederbelebung der Ziegeleiindustrie bald wieder gelingt, auch diese Baustoffe freizugeben. Auch die Senkung der Preise für die Baustoffe wird von dem Ministerium angestrebt. Mit der Rückkehr der Truppen aus dem Felde werden der Baustoffindustrie wieder die Arbeitskräfte zu Gebote stehen, die einen wirtschaftlichen Betrieb und eine Ermäßigung der Preise gestatten.

Aus dem badischen Parteileben. In Karlsruhe hat sich ein Ausschuß gebildet, der es sich zur Aufgabe macht, unter Zubilienahme der bestehenden und noch entstehenden Parteien die bürgerlichen Elemente zu einer einheitlichen Wahlbetätigung zu bringen. Mit der Führung der Angelegenheit ist der Leiter der Geschäftsstelle des „Bundes für deutsche Familie und Volkskraft" in Karlsruhe beauftragt worden. — In Rastatt hat der dortige nationalliberale Verein eine Entschließung angenommen, in welcher die Parteileitung in Karlsruhe ersucht wird, „im Hinblick auf die großen Umwälzungen auf politischem Gebiet mit der Fortschrittlichen Volkspartei behufs Gründung einer neuen Deutschen Volkspartei in Verbindung zu treten". — Die in Freiburg erscheinende „Breisgauer Zeitung" hat sich der neuen demokratischen Partei als Preßorgan zur Verfügung gestellt.

Landeszentrale der Arbeiter- und Soldatenräte Badens.

Mit dem 26. November nahm der geschäftsführende Vorstand der Landeszentrale (Drei-Männer-Ausschuß) der Arbeiter- und Soldatenräte Badens seine Tätigkeit auf. Er hat seinen Sitz in Karlsruhe. Es gehören ihm an: E. Kluge-Pforzheim, E. Maier-Heidelberg und Adam Remmele-Mannheim.

In den nächsten Tagen werden, sobald der von der Landesversammlung eingesetzte Elferausschuß dazu Stellung genommen hat, für die Aufgaben der A. u. S.-R. Richtlinien hinausgegeben, wodurch die Tätigkeit derselben auf eine einheitliche Grundlinie gebracht werden soll. Der Vorstand ist bereits mit der vorläufigen Regierung in Verbindung getreten und wird bezüglich seiner Mitwirkung derselben als Kontrollorgan demnächst feste Abmachungen treffen.

Zunächst bitten wir alle A. u. S.-Räte Badens, ihr Adressen an die Landeszentrale einzuschicken. Für die Soldatenräte, die noch für sich allein also unter Ausschluß der Arbeiterräte arbeiten, ist noch der am 11. ds. Mts. gegründete Landesausschuß der Soldatenräte zuständig. Mit diesem wird die Landeszentrale der A.- u. S.-Räte eine Arbeitsgemeinschaft eingehen.

Zu der akut gewordenen Frage der Beschickung eines deutschen Delegiertentages der A.- u. S.-Räte in Berlin, der am 16. Dezember stattfinden soll, werden in einigen Tagen mehrere Anweisungen ergehen. Es wird ersucht, vorher Entscheidungen hierzu nicht zu treffen.

Die Adresse der Landeszentrale der A.- u. S.-Räte Badens ist vorläufig: Karlsruhe, Schloß, Fernruf Nr. 5070 bis 5072.

gez. Adam Remmele.

* **Weingarten** bei Durlach, 26. Nov. Der sechsjährige Sohn des Bahnarbeiters Albert Stark kam unter eines der hier durchfahrenden Geschütze und wurde auf der Stelle getötet.

* **Mannheim**, 27. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Ausübung der Rheinschiffahrt durch den Waffenstillstand nicht behindert wird. Der Oberbefehlshaber der Alliierten besitzt allerdings über die Rheinschiffahrt ein Kontrollrecht. — Wegen geringer Kohlenzufuhr hat der A. u. S.R. bestimmt, daß in allen Büros nur noch von morgens ½9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet werden darf.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die „Jahreszeiten" von Haydn. Obgleich Haydn bereits 70 Jahre alt war, als er sein weltliches Oratorium die „Jahreszeiten" schuf — es wurde 1801 erstmals aufgeführt —, atmet das Werk doch eine Frische und Lebendigkeit im Ausdruck, eine Urwüchsigkeit in der tonmalerischen Ausschmückung, ein Uebermaß an musikalischem Gedankenreichtum, der oft ganz modern anmutet, daß man eher an die unbekümmerte Frohnatur eines Zwanzigjährigen denn an die Arbeit eines gereiften Meisters denken möchte. Die Fülle der Tonmalereien, die prächtigen Stimmungsbilder, die oft bis ins kleinste gehende Schilderung des Naturlebens, die idyllischen Einzelszenen geben dem Werke auch heute noch eine Anziehungskraft, die kaum durch einen der „Modernen" übertroffen werden dürfte. Auch am Sonntag Mittag hatte sich eine den Saal des Konzerthauses bis auf den letzten Platz füllende Zuhörerschaft eingefunden, die der Wiedergabe des Werkes durch das Munzsche Konservatorium in andächtiger und beifallsfreudiger Stimmung lauschte. Herr Munz zeigte mit dieser Aufführung wiederum sein hohes, musikalisches Können, er hatte die Chöre, den Orchesterteil bis ins subtilste ausgearbeitet. Bedenkt man, daß Orchester sowohl wie der Chor sich aus geladenen Damen und Herren ergänzten, Orchester und Chor also erst zu diesem besonderen Zwecke zusammengestellt wurden, so ist die prächtige Wiedergabe nur um so beachtlicher; das gut ausgeglichene, in allen Stimmen gut besetzte Chormaterial gab in vorzüglicher Weise all die zahlreichen und ihrem Stimmungsgehalt so verschiedenen Chöre aufs sauberste ausgearbeitet wieder. Sicher kamen die Einsätze heraus, präzisen gelangen die Steigerungen, Herrn Munz, seinem Chor und Orchester muß vollste Anerkennung gezollt werden. — Die Solisten fügten sich in glücklichster Weise in das Ganze ein. Den Pächter Simon sang Herr Konzertsänger Weißbecker, die Hanna Frl. Thodolinde Pracht und den Lukas Herr Hofopernsänger Schwerdt; es gelang jedem von ihnen, den besonderen Stimmungsgehalt der Partie in guter, stimmlich einwandfreier Weise auszuschöpfen, so daß auch ihnen, wie der gesamten Aufführung, reichster Beifall zuteil wurde. Zu wünschen wäre nur, daß solche Aufführungen entweder durch Veranstaltung einer Generalprobe zu billigen Einheitspreisen oder durch Wiederholung zu volkstümlichen Preisen auch dem breiteren Publikum zugänglich gemacht würden.

*

Karlsruher Kunstfragen. Man schreibt uns: Die Revolution wird außer den großen politischen und sozialen Aufgaben auch eine Menge kleinerer Fragen lösen helfen, die unter den alten Zuständen unlösbar schienen. Dazu gehört auch die Neugestaltung der Karlsruher Kunsthalle. Künstler und Kunstfreunde sind sich längst darüber einig, wie dringend nötig hier eine Modernisierung wäre, was Auswahl und Repräsentation der Kunstwerke betrifft. Eine Hauptfrage ist dabei die Raumfrage: es muß Platz geschaffen werden für das wirklich gute. Und das läßt sich in diesem Fall erreichen, ohne daß es einen Pfennig Geld kostet. Die Karlsruher Galerie leidet an einer Ueberfüllung mit Schund. Ganze Fluchten von Sälen und Kabinetten sind mit veralteten oder sonst wertlosen Bildern vollgehängt. Das zieht den Gesamteindruck der Sammlung unter ihren wirklichen Wert herab. Das Gute leidet unter dem Niveau des Ganzen, es fehlt an Raum, um die Bilder richtig zu hängen. Auch die Gipsfigurensammlung im Erdgeschoß gehört aus der Kunsthalle hinaus. So könnte man Platz genug schaffen. Früher, solange der Hof seine Hand über der Karlsruher Galerie hatte, war das unmöglich: aus Pietätsgründen durfte nichts verändert werden. Jetzt fallen solche zarten Rücksichten weg. Eine Künstlerkommission, die lediglich nach künstlerischen Gründen schaltet, möge mit der Reinigung der Galerie beauftragt werden. Was mit den abgeschossenen Bildern geschehen soll, kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Doch soll das Beispiel von Berlin nicht empfohlen werden. Dort hat man seinerzeit die Provinz damit beglückt und den minderwertigen Besitz der Berliner Nationalgalerie als „Leihgabe" an die Provinzialmuseen abgeladen. Eine öffentliche Sammlung, die den geistigen Interessen des Volkes dienen soll, darf nur Vorbildliches, nur echte Kunstwerke enthalten — das gilt nicht nur für die Hauptstadt, sondern für das ganze Land. K. N.

Kenzingen, 26. Nov. Die Rheinbrücke bei dem Dorfe Weisweil ist seit dem 21. bereits von Franzosen besetzt. Als von deutscher Seite gegen dieses ungerechtfertigte Vorgehen protestiert wurde, gab der französische Offizier die Antwort, er habe Befehl dazu. Außerdem ließen die Franzosen verkünden, daß sie auf jeden deutschen Soldaten schießen würden, der sich mit roter Schleife oder Fahne sehen ließe. An der Brücke bei Sasbach (Breisach) wurde auch auf deutscher Seite die Trikolore aufgepflanzt, da die ganze Brücke elsässisch ist.

Zertrümmerung des Straßburger Kaiser-Denkmals.

Kehl, 25. Nov. In Straßburg wurde in der Nacht zum Samstag von Bürgern und Soldaten, die das Kaiserdenkmal umgebende Schutzumhüllung erbrochen und das Denkmal mittels eines Seiles vom Sockel gezogen. Die gewaltige Figur fiel mit ungeheuerer Wucht auf die Quadern des Fundaments. Mit Hammer und Meißel wurde dann Stück für Stück von dem viele Zentner schweren Pferdekörper abgeschlagen. Die Schar schleppte schließlich an einem langen Seil den Bronzekopf vom Kaiserdenkmal über das Pflaster und legten ihn unter dem Jubel aller Zeugen dieses nächtlichen Vorfalls zu Füßen des Kleber-Standbildes. Späterhin zog die Menge vor das Hauptpostgebäude, um dort den Kaiserstandbildern der Hauptfassade das gleiche Schicksal zu bereiten. Indeß standen hier die Standbilder viel zu hoch und waren auch mit Leitern nicht zu erreichen.

Gerichtszeitung.

Ein Hoteldieb. Der Kaufmann Friedrich Bernhard hat gemeinsam mit einem Spießgesellen in Mannheim, Ludwigshafen, Bensheim, Mainz, Worms, Rastatt, Hanau und an anderen Orten aus Hotels Bettwäsche und Stiefel gestohlen. In Mannheim stahl Bernhard seiner Vermieterin eine Kiste mit gehamsterten Gegenständen, etwa 1000 Rollen Faden, Stoff, Spitzen, einen ganzen Kasten Sunlichtseife u.a. m. Von dem Faden hatte Bernhard bereits vor seiner Verhaftung 300 bis 400 Rollen, von der Seife für 500 M verkauft. In Ludwigshafen holte er widerrechtlich Seife im Werte von etwa 2000 M ab, die für einen Dritten lagerte und verkaufte sie zu guten Preisen. Die Strafkammer in Mannheim verurteilte Bernhard zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis

Gemüsewucher. Der Gutspächter Christian Schowalter vom Rosenhofe bei Ladenburg hatte durch seinen Bruder, den Heinrich Schowalter aus Alsheim, der als Aufkäufer der Stadt Essen amtete, Gemüse an die Stadt Essen verkauft. Heinrich Schowalter zahlte dabei für den Zentner Bohnen 30—40 M bei einem Höchstpreis von 18—24 M. Außer bei Christian Schowalter hatte Heinrich Schowalter auch bei anderen Produzenten Gemüse aufgekauft. Christian Schowalter wurde zu 10 000 M Geldstrafe und zur Rückzahlung des übermäßigen Gewinns von 15 032 M verurteilt. Heinrich Schowalter wurde freigesprochen, weil er im Auftrage der Stadt Essen gehandelt hat, nicht um mit Gewinn weiter zu verkaufen.

Zersplitterung in der Genossenschaftsbewegung.

Von Rechtsanwalt Dr. Erich Seelmann, Königsberg.

I.

Die moderne deutsche Genossenschaftsbewegung ist noch viel zu jung, als daß die entwickelten Systeme und Programme eine endgültige Lösung der dabei aufgeworfenen Grund- und Einzelfragen bedeuten könnten. Vorgänge aus neuerer und neuester Zeit zeigen, daß dauernd neue Organisationsfragen auftreten und erörtert werden, daß der bestehende Zustand nicht ein dauernder zu sein braucht. Außerdem ist die Ausbreitung des Genossenschaftswesens keineswegs zum Abschluß gelangt. Auch neue Aufgaben werden an das Genossenschaftswesen herantreten. Vor allen Dingen werden aber die Genossenschaften als wirtschaftliche Vereinigungen von der Gestaltung unseres Wirtschaftslebens überhaupt berührt.

Wenn auch die Vielgestaltigkeit des Genossenschaftswesens günstige Erfolge gezeitigt hat, so zeigt doch die heute bestehende Zerrissenheit große Schattenseiten. Es gibt in einzelnen Bezirken vier fünf und mehr Genossenschaftsverbände, von denen teilweise zwei sogar dem gleichen Zentralverbande angehören. Dieser Zustand bedeutet eine unnötige Vergeudung wirtschaftlicher Kräfte und ist aus diesem Gesichtspunkt unerfreulich. Das Nebeneinanderbestehen mehrerer Genossenschaftsverbände für gleichartige Genossenschaften in demselben engeren Verwaltungsbezirk wird immer zur Folge haben, daß ein unnötiger, also verteuernder Kräfteverbrauch stattfindet. Denn mehrere kleinere Verbände in dem gleichen Bezirk können, wenn sie zusammengefaßt werden, mit weniger Menschenkraft und unter Aufwendung geringerer Verwaltungskosten verwaltet werden, als einzeln für sich allein. In der Entwicklungszeit hat das Nebeneinanderarbeiten wohl insofern auch gute Wirkungen gezeitigt, als jeder Verband seine Kräfte einsetzte, um nicht von anderen überflügelt zu werden, wobei allerdings die schädigende Folge die sein konnte, daß im Konkurrenzkampf Genossenschaften gegründet wurden, für welche kein Bedürfnis vorlag und welche sich nicht als lebensfähig erwiesen. Auch heute wird vielleicht die Ansicht vertreten werden, daß ein gesunder Wettbewerb zwischen verschiedenen Genossenschaftsorganisationen in gewisser Art förderlich sein kann, weil er zur höchstmöglichen Anspannung der Kräfte führt. Immerhin dürften, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, die Schattenseiten der vorhandenen Zersplitterung doch erheblich überwiegen. Es muß danach als erwünscht bezeichnet werden, daß eine gewisse Vereinfachung in den Genossenschaftsbildungen eintritt. Im ganzen sind 1915 etwa 40 000 Einzelgenossenschaften in Deutschland zu verzeichnen.)

Die Lösung dieser Frage begegnet aber den größten Schwierigkeiten. Neben den mancherlei Fragen persönlicher Art kommen die weitgehenden sachlichen Verschiedenheiten in Betracht. Der „Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" (etwa 1500 Genossenschaften mit 1 000 000 Mitglieder) und der „Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland" (5400 Genossenschaften mit 560 000 Mitgliedern) werden nicht leicht der in ihnen herrschenden Tradition entsagen. Einstweilen ist im Allgemeinen Verbande keine Neigung vorhanden, gewisse Dogmen aufzugeben und wirtschaftliche Zusammenschlüsse zu organisieren, wie sie die Genossenschaften in den anderen Zentralverbänden geschaffen haben und nicht mehr entbehren wollen. Der Generalverband will sich nicht von den idealen, ethischen Aufgaben trennen, die Raiffeisen ihm gestellt hat, auch nicht von dem starken wirtschaftlichen Zusammenschluß, der in der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehenskasse für Deutschland besteht und in welchem gerade die feste innere Kraft, die starke Widerstandsfähigkeit der Organisation auch in ernsteren Zeiten erblickt wird. Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften" (18 000 Genossenschaften mit 1 800 000 Mitgliedern) kann mit Rücksicht auf seine Einzelglieder das Selbständigkeitsprinzip nicht aufgeben und darum schwerer wirtschaftlich zentralistische Vereinigungen schaffen. Weiter ist eine Annäherung des „Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften" (900 Genossenschaften mit 155 000 Mitgliedern) an den Allgemeinen Verband schwierig, weil das Handwerkergenossenschaftswesen auf die Zentralkassen und anderen Zentralgeschäftsanstalten kaum verzichten kann, wenn es nicht verkümmern soll. Endlich ist eine Vereinigung des gesamten Konsumvereinswesens mit Rücksicht auf die besonderen Ziele der im „Zentralverband deutscher Konsumvereine (1150 Genossenschaften mit fast 2 Millionen Mitgliedern) vereinigten sogen. Hamburger Richtung anscheinend schwer erreichbar.

Wohin man also blickt: überall zeigen sich Hemmnisse, die einstweilen kaum überwindbar erscheinen. Wie es auch auf anderen Gebieten vorkommt, bekundeten gerade diejenigen Organisationen, die am nächsten verwandt sind, einander die größte Gegnerschaft. Und doch kann einmal die Zeit kommen, in welcher auch im Genossenschaftswesen Konzentrationsprozesse vor sich gehen, vor sich gehen müssen. (Schluß folgt.)

Versammlung der Fortschrittl. Volkspartei.

Rede von Professor Schultze-Gävernitz.

(Eigener Bericht.)

* Karlsruhe, 26. Nov.

„Rückblicke und Ausblicke" war das Thema eines Vortrages, welches Prof. Schultze-Gävernitz aus Freiburg am Montag, 25. Nov., vor dem Auditorium des überfüllten Saales im Konzerthaus behandelte. Rückblickend auf die Katastrophe Deutschlands suchte er die Gründe des Zusammenbruchs zu ermitteln und seinen innersten Kern findet er darin, daß das äußerliche Machtstreben des deutschen Volkes nicht mit innerer Freiheit Hand in Hand gegangen ist. Es hatte seine Militärklasse über sich regieren lassen und es mußte nun zusehen, wie diese eigentlichen Machthaber die Fehler begingen, die sich aus ihrem einseitigen militärischen Horizont und ihrer spezifisch militärischen Verbildung ergaben. Der schlimmste Irrtum dieser Art ist nach Gävernitz die Unterschätzung der amerikanischen Machtverhältnisse und die bodenlos leichtsinnige Herausforderung der Vereinigten Staaten durch die herrschende Militär- und Marinepartei. Einsichtige bürgerliche Politiker erließen Warnungen über Warnungen. Der Vortragende selbst hat, als die Frage des verschärften U-Bootkrieges in ihr kritisches Stadium tat, eine Eingabe an das Auswärtige Amt gerichtet. Gestützt auf seine Kenntnisse der nordamerikanischen Verhältnisse und der Psychologie des Volkes der Vereinigten Staaten war es ihm keinen Augenblick zweifelhaft, daß die Vereinigten Staaten ihr letztes Menschenreservoir und ihr gesamtes Industriekapital in den Dienst der Bekämpfung Deutschlands stellen würden, falls Deutschland zum Verfahren des uneingeschränkten Unterseebootkampfes übergehen würde. Die bürgerlichen Warner schrieen jedoch ihre Argumente in die Wüste. Die Versicherung Schultze-Gävernitz: Amerika sei an Volkskraft und an technisch und industrieller Leistung einem doppelten England gleich zu zählen, wurde als alberne Schwarzseherei verlacht. Geglaubt wurde in der breiten Masse wie am kaiserlichen Hofe dem Gutachten des Marineministers von Capelle, welcher das Eintreten Amerikas in den Weltkrieg für militärisch belanglos erklärte. Geglaubt wurde später, als es sich um die politische Erneuerung Deutschlands handelte, nicht Bethmann, der die Renovation durchführen wollte, sondern Ludendorff, der sie hintertrieb. Als die Wahlrechtsreform bis zu ihrer praktischen Verwirklichung gediehen war, fuhr Ludendorff mit der Alternative: Entweder er oder ich dazwischen und Bethmann mußte gehen. Später mußte auf Geheiß Ludendorffs bei bekanntem Anlaß Kühlmann gehen und so wurden von den Militärmachthabern alle Zivilautoritäten ausgebootet, die sich ihrer Politik nicht bedingungslos fügten. Es kam so die unsinnige Idee der Militärpartei und ihres alldeutschen Anhanges zustande, buchstäblich die gesamte zivilisierte Welt mit Waffengewalt erobern zu wollen und das gestützt auf ein Volk, welches sie in Knechtschaft erhalten oder zurückdrängen wollten. An dieser Unsinnigkeit zerbrach Deutschlands Kraft. Zuerst an der Front, dann im Innern und vom Innern rückwirkend auf die Front. Manche Momente haben die innere Katastrophe beschleunigen helfen und die Radikalisierung des politischen Status bewirkt. Nach des Redners Meinung ist die Hauptursache dafür in der verspäteten Abdankung des Kaisers zu suchen.

Nun stehen wir da, als völlig Besiegte auf einen Frieden um jeden Preis angewiesen, mit teilweise verbrauchter Volkskraft, mit stark erschöpften Lebensmitteln. Welche Ausblicke eröffnen sich uns? Natürlich keine in das gelobte Land, in das Paradies, in das tausendjährige Reich. Die Zukunft wird hart sein und es handelt sich für uns nur, an Volkskraft, an Volkskapital zu retten, was zu retten ist. Das kann zunächst nach Gävernitz nur dadurch geschehen, daß wir uns alle hinter die gegenwärtige Reichsregierung stellen, daß wir sie unterstützen in ihrem Vorhaben, uns den Frieden zu bringen und Brot zu sichern. Freilich auch diese Regierung wird uns beides nur verschaffen können, wenn durch Spruch der Nationalversammlung offenbar wird, daß sie sich auf die Zustimmung der großen Volksmehrheit stützen kann. Um beiden Instanzen, der Regierung wie der Konstituante, die Arbeit zu ermöglichen, ist es notwendig, ihre Gegner von rechts und von ganz links unschädlich zu machen. Schultze-Gävernitz schlägt vor, an den Soldatenrat in Berlin, der sich die Macht über die Reichsregierung anmaßen will, sowie an die Spartakusgruppe ein kurz befristetes Ultimatum mit drei Forderungen zu schicken: **Sofortige Festsetzung des Termins zur Wahl der Nationalversammlung, Befreiung der Zentralregierung von allen Einmischungen seitens des bolschewistischen Soldatenrats in Berlin, Bildung einer bewaffneten Macht zum Schutz der Reichsregierung und der deutschen Ostprovinzen gegen Uebergriffe polnisch-russischer Bolschewistenbanden.** Kann der deutsche Norden diese Punkte nicht bewältigen, wird er nicht mit seinen Bolschewiki fertig, dann muß der deutsche Süden ihm helfen. „Los von Berlin". Diese vom Auditorium viel bejubelte Parole versteht Schultze-Gävernitz nicht im Sinne der Trennung, sondern der Eroberung des deutschen Nordens durch den Süden. Die deutsche Einheit soll unangetastet bleiben und sie soll erweitert und befestigt werden durch den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das bisherige Deutschland. Damit zerfiele die Konstruktion Bismarcks, die Oesterreich von Deutschland abtrennte und Preußen zum regierenden Staat des Reiches machte, in ihre letzten Scherben, nachdem die Entente ohnehin sein Lebenswerk zu Siebenachtel in Trümmer geschlagen hat. Das großväterliche Ideal vom Deutschland, soweit die deutsche Zunge klingt, erstände in der tiefsten Erniedrigung wieder.

Das ist die nächste Sorge für die Wiedererstarkung unseres Volkes. Die weiteren Sorgen drehten sich für den Redner um die Gefahren, in die eine etwaige Etablierung der sozialistischen Republik mit Verstaatlichung der Betriebe und des Privateigentums dem Kapitalismus bringen würde. Seine mit präziser Dialektik und wohltuend pünktlicher Rhetorik vorgetragenen Argumente wurden von einigen Nachrednern in manchen Nebenpunkten unterstrichen.

Eine Kundgebung des Karlsruher Bürgerausschusses für die Einberufung der Nationalversammlung.

Karlsruhe, 27. Nov.

Der Karlsruher Bürgerausschuß war auf gestern nachmittag zu einer Sitzung eingeladen, deren hauptsächlichster Beratungsgegenstand ein Antrag sämtlicher Fraktionen war auf Absendung einer Vorstellung des Bürgerausschusses an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden wegen Einberufung einer deutschen Nationalversammlung. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Fraktionen des Karlsruher Bürgerausschusses beantragen, der Bürgerausschuß wolle folgende Vorstellung an die Reichs- und die bad. Landesregierung beschließen:

Das Deutsche Volk hat sich in der deutschen Republik, auf deren Boden wir entschlossen getreten sind, die neue Staatsform gegeben. Um diese auszubauen, die Wirtschaft wieder einzurichten und die Wunden des Krieges zu heilen, braucht es den Frieden. Beides aber, die Erhaltung der Republik und die Erlangung des Friedens, wird durch die drohende Gefahr der Diktatur einer Gruppe aufs schwerste gefährdet. Eine solche Diktatur, die zu wildesten inneren Kämpfen, zum Zerfall des Reiches und zum Einmarsch der Feinde führen müßte, liegt aber nicht im Willen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. Um diesen Willen wirksam werden zu lassen, fordern wir aufs bestimmteste die sofortige Wahl und Einberufung der Deutschen Nationalversammlung, die dem jetzigen gesetzlosen Zustand ein Ende machen und den festen Boden für eine gesunde staatliche und wirtschaftliche Entwicklung schaffen soll."

Der Antrag war von sämtlichen Fraktionen des Bürgerausschusses unterzeichnet. Als Einleitung und zur Begründung des Antrags besprach der Oberbürgermeister in längeren Ausführungen die politischen Ereignisse dieser Tage. Er begrüßte die heimkehrenden Krieger namens der Stadt Karlsruhe, deren Bürgerschaft von unlösbarem Danke für die Tapferen, die über vier Jahre lang der feindlichen Uebermacht standgehalten, erfüllt sei. Weiter teilte der Oberbürgermeister mit, daß am heutigen Mittwoch vormittags 11 Uhr vor dem Rathause eine feierliche Begrüßung der heimkehrenden Grenadiere und einer Abteilung des Artillerieregiments Nr. 14 durch die Stadt stattfinde.

Höchste Ehrenpflicht sei es, so betonte der Oberbürgermeister weiter, das Andenken der Gefallenen hochzuhalten, den Hinterbliebenen jede Hilfe und Unterstützung zuteil werden zu lassen, den Kriegsbeschädigten alle Hilfe und Teilnahme zu gewähren. Da die Reichshilfe noch nicht gesichert sei, sei es dringend nötig, die freiwillige Hilfe weiter zu betätigen. Im weiteren Verlauf seiner Rede widmete der Oberbürgermeister dem nun geschiedenen badischen Fürstenhause einen Nachruf, um dann schließlich auf den vorliegendne Antrag der Fraktionen mit einigen Worten einzugehen, dessen Annahme auch der Stadtrat einmütig empfehle.

Namens der Fraktionen erklärte Stadtv. Rebmann für die nationalliberale Partei, Stadtv. Helbing für die fortschrittliche Volkspartei, Stadtv. Grund für das Zentrum und Stadtrat Gen. Geck für die sozialdemokratische Partei die Zustimmung zu dem Antrag. Gen. Geck wies darauf hin, daß es Aufgabe des Volkes ist, die Erfolge der Revolution zu erhalten und zu schützen gegen jegliche Angriffe von irgend einer Seite. Da wir nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten sind, wollen wir aber, daß der jetzt bestehende Zustand der Gewalt bald beseitigt und durch den des Rechts ersetzt werde. Den Zustand, den wir in Baden beseitigt sehen wollen, wollen wir auch im Reiche beseitigt sehen. Aus diesem Standpunkt ergibt sich unsere Gegnerschaft gegen jene Gruppen in Berlin, die bestrebt sind, den jetzigen Zustand beizubehalten. Wir werden den Bolschewismus mit aller Macht bekämpfen. Auch aus außerpolitischen Gründen sind wir für baldigen Eintritt geordneter Zustände, denn wir halten es für eine große Gefahr, wenn nicht bald ein gesetzmäßiger Zustand eingeführt wird, da wir sonst von den Gegnern schweres Unheil zu befürchten haben. Wir hoffen, daß die Entschließung an maßgebender Stelle die nötige Beachtung findet. — Die Entschließung wurde schann einstimmig angenommen.

Außer diesem Antrage standen noch zwei weitere Punkte auf der Tagesordnung. Der eine betraf die Gewährung von städtischen Zuschüssen für den Arbeiter- und Soldatenrat, es wurden hierzu 20 000 Mk. angefordert, der andere Punkt betraf eine Anforderung von 24 000 Mk. zur Straßen- und Pflasterherstellung im Gaswerk, es soll dies eine Notstandsmaßnahme zur Beschäftigung Arbeitsloser sein. Beide Vorlagen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Was die Kundgebung des Bürgerausschusses zur Einberufung der Nationalversammlung betrifft, so mag es manchem für überflüssig erscheinen, daß auch Bürgerausschüsse solche Kundmachungen erlassen, nachdem fast sämtliche deutschen Arbeiter- und Soldatenräte außerhalb Berlins und nun auch die Reichskonferenz der Einzelstaaten sich für die bald einzuberufende Nationalversammlung eingesetzt haben. Allein, wer gerade die Lage Badens als Grenzland kennt, das den Feind in nächster Nähe hat und die ersten Drangsale eines etwaigen Einmarsches zu ertragen hätte, der wird verstehen, wenn alle maßgebenden Instanzen darauf drängen, daß durch Zusammentritt einer Nationalversammlung, deren vornehmste Aufgabe auch die Herstellung des Friedens ist, der gesetzliche Zustand, den die Gegner verlangen, geschaffen wird und diesen dadurch jeder Vorwand zur Ueberflutung des Landes mit ihren Heeren genommen wird. Deshalb begrüßen auch wir diese Kundgebung und hoffen, daß sie mit dazu beitragen wird, der Reichsregierung das Rückgrat gegen das unverantwortliche Treiben jener Berliner Elemente stärken wird.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 27. November.

Die Entrüstung über die Kriegsgefangenen.

* Nach hiesigen Blättern hat am letzten Donnerstag abend in der Operettenaufführung im Konzerthaus ein Soldat unter starkem Beifall des Publikums gegen die Anwesenheit der gefangenen Offiziere im Theater protestiert. Die aufgeregten Leute haben auch erreicht, daß die Engländer sofort den Saal verließen und sind sicher alle im „Gefühle einer nationalen Tat" nach Hause gegangen. Kein denkender Mensch kann dieses Verhalten billigen.

Die Waffen ruhen! Ueber kurz oder lang wird der Friede kommen, und das erste Ziel muß sein, die zerrissenen Bande zwischen den Völkern wieder neu zu knüpfen. Jeder Deutsche, der dann im Ausland zu tun haben wird, muß sich schon heute dafür bedanken, daß ihn Haß und gesellschaftlicher Boykott verfolgen, weil er Deutscher ist oder weil er gar unter der alten Regierung für deren Ziele ins Feld ziehen mußte. Und deswegen müssen auch wir uns daran gewöhnen, nicht mehr jeden Ausländer, mag er auch mit den Waffen in der Hand gegen uns gekämpft haben, nur als unseren „Feind" zu betrachten. Wir müssen verstehen, daß es keine anmaßende Provokation, sondern etwas ganz Natürliches ist, wenn ein Mensch, der Monate und Jahre hinter Barackenwänden und Stacheldraht verdöst hat, sich in der neuen Freiheit, die ihm die deutsche Revolution schenkt, in einer Operette zerstreuen will. Wenn bei unseren Gegnern die Vernunft noch nicht so weit durchgebrochen ist, daß auch unseren Gefangenen mehr Freiheit gewährt wird, so wollen wir diese Verbohrtheit verachten, aber nicht nachmachen. Die Zeit der „Repressalien", der gerade wir in Karlsruhe so manche Fliegernacht zu verdanken haben, ist vorbei, und die Spießbürger haben zu schweigen, die den Anblick der Kriegsgefangenen in der Freiheit aus Aerger darüber nicht ertragen können, daß „Rußland nicht badisch geworden ist".

Uebrigens ist wie uns gestern mitgeteilt wurde, in dieser Sache von Berlin aus an die Soldatenräte im Reich folgende Weisung ergangen:

„Freiheitsbeschränkung nach der Arbeit wird aufgehoben. Ausweise erforderlich. Kriegsministerium, gez. Schlefinger."

Das Kriegsministerium hat damit zweifellos das Richtige getroffen.

Ein militärischer Willkommgruß an die Heimkehrenden.

Das stellv. Generalkommando des 14. A.-K. und das Ministerium für militärische Angelegenheiten richten in dem neuesten Korpsverordnungsblatt folgenden Willkommgruß an die zurückkehrenden Soldaten:

Den heimkehrenden Feldtruppen zum Gruß! Ueber vier Jahre habt Ihr in heldenmütigem Ringen die Heimat beschirmt. Unvergeßlich werden Eure Taten in der Geschichte fortleben. Bei der Rückkehr in die Heimat entbietet Euch das freie deutsche Vaterland herzlichen Willkommgruß und innigsten Dank! Auch in der Heimat werden wieder große und schwierige Aufgaben an Euch herantreten. Es gilt, unser Staats- und Wirtschaftsleben neu aufzubauen, um möglichst rasch zur geordneten Friedenswirtschaft zu gelangen. Voraussetzung hierfür ist, eine geregelte Demobilmachung. Fügt Euch darum willig den hierfür ergangenen Anordnungen. Keiner verlasse etwa eigenmächtig seinen Platz, jeder warte, bis er ordnungsmäßig entlassen wird. Ihr dürft überzeugt sein, daß die Entlassung so rasch als irgend möglich durchgeführt wird. Was unserem Vaterlande jetzt in erster Linie not tut, ist Ruhe und Ordnung. Die Heimat rechnet darauf, daß die heimkehrenden Truppen an diesen Fundamenten jedes staatlichen Lebens nicht rütteln. Nur dann werden die Feinde mit uns Frieden schließen, nur dann wird es möglich sein, die schweren Schäden zu heilen, die der Krieg unserem Vaterland und uns geschlagen.

Begrüßung der heimgekehrten Krieger. Wie mitgeteilt wird, sollen heute vormittags 11 Uhr das aus ruhmreichen schweren Kämpfen heimgekehrte Grenadier-Regiment Nr. 109 und die 2. Abteilung des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14 auf dem Marktplatz durch die Vertreter der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft feierlich begrüßt werden. Die Truppen stellen sich am Bahnhof auf, marschieren durch die Straße am Stadtgarten, die Ettlinger- und Karl-Friedrichstraße nach dem Marktplatz, wo die Krieger durch den Oberbürgermeister und die städtischen Kollegien begrüßt werden.

Neue Maßregeln zur Kohlenersparnis. Infolge des erzwungenen übereilten Rückmarsches unserer Fronttruppen haben wir über den Rhein verschiedentlich Notbrücken schlagen müssen. Die Rheinwasserstraße ist dadurch für 14 Tage vollkommen gesperrt. Die Kohlenlieferungen nach Württemberg werden auf mindestens 3 Wochen aussetzen. Es muß also gespart werden. Die vorläufige Regierung bereitet deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, die für die kommenden Wochen den Verbrauch von Licht, Wärme und elektrischer Kraft aufs schärfste einschränken. Gewerbebetriebe, Bureaus, Kanzleien, Schulen und Läden müssen ihre Arbeitszeit auf die hellen Tageszeiten verkürzen.

Die Polizeistunde wird auf neun Uhr abends festgelegt. Straßenbahn und Straßenbeleuchtung werden um zehn Uhr außer Betrieb gesetzt. Sobald die Kohlenkrise vorüber ist, werden die Beschränkungen aufgehoben. Die Regierung muß von der gesamten Bevölkerung unbedingtes Einhalten der neuen Bestimmungen verlangen. Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsbetriebes unseres Landes hängt davon ab, daß jeder spare, wo er kann. Der geordnete Rückzug unseres tapferen Heeres legt uns diese Einschränkungen auf, wir können ihnen so zu einem kleinen Teil unseren Dank abstatten. Frankreich drängt unerbittlich hinter unseren Truppen her. Jedes Pfund gesparte Kohle bedeutet einen deutschen Gefangenen weniger.

* **Die Versammlung der Genossen und Genossinnen der Südstadt**, die gestern abend im „Auerhahn" stattfand, war außerordentlich gut besucht. Es fand eine rege Aussprache über Parteiangelegenheiten statt, ferner wurden die Arbeiten für die kommenden Wahlen zur Nationalversammlung besprochen. Zum Schlusse wurde eine Kommission, bestehend aus 6 Genossen und Genossinnen gewählt, die die Vorarbeiten für die Agitation zu treffen hat und den Agitationsplan für die Südstadt einer in nächster Zeit stattfindenden weiteren Zusammenkunft auszuarbeiten hat. Die Versammlung war vom besten Geiste beseelt.

Rüppurr. Frauenversammlung. Am kommenden Freitag, 29. Nov., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Schloß" in Klein-Rüppurr eine öffentliche Frauenversammlung seitens unserer Partei statt für die Frauen und über 20 Jahre alten Mädchen aus der Gartenstadt und Klein-Rüppurr. Gen. Höhn spricht über „Die Frauen und die Nationalwahlen". An den Vortrag soll sich eine Aussprache anschließen. Alle „Volksfreund"-Leser werden dringend ersucht, für diese Versammlung tüchtig zu werben. Für die Frauen von Groß-Rüppurr findet nächstens eine besondere Versammlung statt.

Versammlung der Gastwirts-Angestellten. Am Donnerstag, 21. November, fand im „Deutschen Kaiser" eine Versammlung der hiesigen gastwirtschaftlichen Angestellten-Organisation statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Nach einer längeren einmütigen Aussprache wurde einstimmig die Gründung einer örtlichen Arbeitsgemeinschaft beschlossen. Der Zweck der Gründung soll zunächst der sein, die Verschmelzung zu einer Einheits-Organisation herbeizuführen, da es nur so möglich sein wird, bessere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu erreichen. In den Ausschuß wurden je drei Mitglieder des deutschen Kellnerbundes und des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, sowie ein Mitglied des Köcheverbandes, außerdem als geschäftsführender Vorsitzender: Franz Wetzler, Rüppurrerstraße 22, gewählt. Alle diesbezüglichen Schriftsachen, Anfragen usw. sind an denselben zu richten. Mit den in Betracht kommenden Arbeiter-Organisationen ist sofort in Verbindung zu treten und wird erwartet, daß die vom Feld zurückkehrenden Kollegen wieder restlos in ihre Stellungen zurückkehren können. Ebenfalls ist eine Regelung über Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der Arbeitsnachfrage, herbeizuführen. Zu einer Eingabe an das Ministerium betr. soziale Versicherungsgesetzgebung wurde einstimmig Zustimmung erteilt. Betr. Stellenvermittlung wurde beantragt und beschlossen, dahin zu wirken, daß die gewerbsmäßige Stellenvermittlung eines der größten Krebsschäden im Gastwirtsgewerbe, ausgeschaltet und dementsprechend vorgegangen wird. G. T.

Zur Richtigstellung. In der Versammlung der sozialdemokratischen Partei im „Friedrichshof" führte ein Redner (Herr Mayer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten) aus, daß eine große Karlsruher Gesellschaft der Versicherungsbranche den bei ihr angestellten Kriegsteilnehmern mit dem Hinweis auf den ungünstigen Ausgang des Krieges gesagt habe, sie möchten sich um eine andere Stelle umsehen. (Siehe Bericht im „Volksfreund" Nr. 276). Daraufhin schreibt uns die Karlsruher Lebensversicherung a. G. vorm. Allg. Versorgungsanstalt, daß die betr. Behauptung nicht den Tatsachen entspräche. Die Gesellschaft hat an den Arbeiter- und Soldatenrat eine Zuschrift gerichtet, in der gesagt ist, daß sich die Gesellschaft vertraglich verpflichtet habe, alle bei Ausbruch des Krieges beschäftigt gewesenen Beamten wieder einzustellen. Der betr. Diskussionsredner wird sich zu der Sache wohl äußern.

Letzte Nachrichten.

Die feindlichen Truppen in der Pfalz.

WTB. Zweibrücken, 26. Nov. Bis zum heutigen Tage haben die in der West-Pfalz eingerückten feindlichen Truppen ihren Vormarsch nicht weiter fortgesetzt. Außer der Hornbacher Gegend und der Groß-Steinhausener Höhe sind noch eine Reihe Ortschaften besetzt worden. Verschiedentlich wurden von Patrouillen Soldaten und Zivilisten festgenommen die aber nach ihrer Vernehmung sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Ueber das Benehmen der feindlichen Truppen sind bisher keine Klagen laut geworden. In der vergangenen Nacht kamen auf dem hiesigen Bahnhof die Quartiermacher für die Besetzung der Landauer Gegend durch.

Antirevolutionäre Offiziere.

WTB. Kassel, 26. Nov. Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof hängenden roten Fahnen abzureißen versucht. Heute früh ½6 Uhr erschienen Leutnant Krüger, Rittmeister Krosa und ein dritter Offizier, dessen Name nicht festgestellt werden konnte und rissen beide roten Fahnen herab, um sie zu zerreißen. Auf die vom Posten alarmierte Wachmannschaft schoß Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Rittmeister wurde gestellt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls.

WTB. Amsterdam, 26. Nov. Einem hiesigen Blatte zufolge erklärte der Vorsitzende der Flugzeug-, Reise- und Transportgesellschaft, daß die Gesellschaft im Begriffe ist, eine Kette von Luftstationen über die ganze Welt hin für Post- und Passagierdienst zu errichten. Außer für Frankreich, Italien, Norwegen, Indien und Südafrika beendete dieses Unternehmen die vorbereitenden Maßnahmen für Stationen in Dänemark, China und Japan.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 70 Ztm., gef. 2 Ztm.; Kehl 1,52 Meter, gef. 7 Ztm.; Maxau 3,04 Meter, gef. 7 Ztm., Mannheim 1,90 Meter gef. 15 Ztm.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel**; für Badische Politik, Kommunales, Soziales und Feuilleton **Hermann Winter**; für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Aue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) **Samstag**, 30. Nov., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Blume" **Generalversammlung** statt, wozu alle Parteigenossen, **Volksfreundleser und Feldgrauen** einladet 5860.2 Der Vorstand.

Hagsfeld. (Sozialdem. Verein.) **Samstg abend 8 Uhr Parteiversammlung** im „Hirsch". 5859

Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe.

Einladung

zur

Vollversammlung

des Arbeiter- und Soldatenrates.

Dieselbe findet am Mittwoch, den 27. November 1918, abends 8 Uhr, im „Friedrichshofe" statt.

Hierzu werden alle gewählten Vertreter höflichst eingeladen. Eintritt erhält nur, wer mit Ausweis oder Vollmacht seines Auftraggebers versehen ist. 5836

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Vorstand.

Verordnung

Abschrift. (vom 16. November 1918.)

Verkauf militärischer Gegenstände betreffend.

§ 1.

Der Verkauf von Gegenständen, die im Eigentum des Militärfiskus stehen, erfolgt nur durch die Militärbehörden oder durch die Stellen, welche von den zuständigen Militärbehörden damit beauftragt sind.

§ 2.

Der Ankauf- und Verkauf von Gegenständen des Militärfiskus der entgegen § 1 erfolgt, ist verboten.

§ 3.

Der Erwerb von solchen Gegenständen ist rechtsunwirksam, auch wenn er in gutem Glauben erfolgt ist.

§ 4.

Personen, die den Bestimmungen des § 2 zuwiderhandeln, werden mit Zuchthaus bestraft; bei fahrlässiger Zuwiderhandlung tritt Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten ein.

Der Erlös aus strafbaren Verkäufen ist einzuziehen, einerlei in wessen Hand er sich befindet.

§ 5.

Die Bezirksämter und Ortspolizeibehörden sind strengstens angewiesen, Personen, welche bei Begehung dieser Straftat betroffen werden, sofort festzunehmen.

§ 6.

Die Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Karlsruhe, den 16. November 1918. 5847

Badische vorläufige Volksregierung.

Präsident:	Minister des Innern:
Geiß.	Dr. Ludwig Haas.

Badischer Frauenverein

Abteilung 6.

Die Beratungsstunden im alten Schulhaus in Mühlburg können wegen Einquartierung am Mittwoch den 27. November und Mittwoch den 4. Dezember nicht stattfinden. 5854

Verband der Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen Zahlstelle Karlsruhe.

Die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen, welche vor und während des Krieges Mitglied bezeichneter Organisation gewesen sind, ersuchen wir, ihre Anmeldung im Büro, Bachstraße 58, zu vollziehen. Neuanmeldungen werden entgegengenommen.

Das Büro ist geöffnet **von morgens 8–12 und von 3–7 Uhr.** 5877

Die Ortsverwaltung.

I. A.: Leib Kamk.

Bitte um Weihnachtsgaben für die drei Krippen der Abteilung II des badischen Frauenvereins.

Wir richten an alle unsere Gönner die herzliche Bitte, uns mit Gaben und Geld auch dieses Jahr bedenken zu wollen, damit wir in der Lage sind, den Kleinen der bedürftigen Bevölkerung eine Weihnachtsfreude bereiten zu können.

Gaben werden entgegengenommen: in den Krippen, auf dem Büro des Bad. Frauenvereins: Gartenstraße 49, und des Geschäftsführers der Abteilung II: Stefanienstraße 74, Zimmer 108 ebener Erde. 5863

Wir suchen eine größere Anzahl

Köchinnen für Privat, 5841

Mädchen für alles,

Mädchen zum Anlernen, sowie

Stundenfrau.

Städt. Arbeitsamt

Zähringerstraße 100

Zimmer 11.

Fahrnis-Versteigerung.

Donnerstag, den 28. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr beginnend, werden im Auftrag wegen Verminderung des Haushalts

Schützenstraße 2, 4. Stock,

folgende Fahrnisse gegen Baarzahlung öffentlich versteigert:

8 vollständige Betten, 1 dito mit Rost und Matratze, zwei Chiffonniers, 1 Kommode, 1 Nachttisch, 3 Tische, 6 Stühle und sonstigen Hausrat. 5842

Karlsruhe, den 25. November 1918.

Ed. Koch, Ortsrichter a. D.

Luisenstraße 2a.

Das meist begehrte

Weihnachtsgeschenk

für unsere Kleinen

bilden

PUPPEN

Sie kaufen dieselben

in jeder Art 5845

und vorteilhaft im

ersten Puppengeschäft

von

H. Bieler

Kaiserstrasse 223.

Schluss der Reparatur-Annahme am 15. Dez.

Tüchtige Schneider

für **Röcke, Westen und Hosen auf Werkstatt**

sofort gesucht. 5865

P. Bang, Amalienstraße 39.

Ein fleißiges **Mädchen,** das etwas kochen kann und alle Hausarbeiten versteht, zu einer kleinen Familie für **sof. gesucht.** **Geranienstr. 2,** 2. Stock links, Ecke Kaiser-Allee. 5849

Malerlehrling

kann bei gründlicher Ausbildung und sofortiger Bezahlung eintreten. 5778

Weber & Glaser

12 Karl-Wilhelmstraße 12.

Zur Mithilfe im Haushalt

eine ordentl. Frau für ... 1½ St. gesucht.

5844 Werderstr. 25 I.

Haus-Verkauf

In einem größeren Arbeiterort in der Nähe Karlsruhes, Bahnstation, ist ein **zweistöckiges Geschäftshaus** mit großem Garten preiswert zu verkaufen. Näheres unter Nr. 5838 durch die Geschäftsstelle **des Volksfreund** zu erfahren.

Ausgekämmte

Frauenhaare

kauft 5508

Oskar Decker, Haarhandlung Kaiserstr. 22.

Oeffentliche Versammlung

findet am **Donnerstag, den 28. November, abends 1/2 8 Uhr,**
im Saale **Zur Linde** in **Rastatt,** statt.

Thema: **„Die Schuld am Kriege."**

Referent: Kamerad **Ritter,** Rastatt.

Freie Aussprache. Freie Aussprache.

Zu dieser Versammlung sind alle Einwohner von Rastatt höfl. eingeladen. 5857

Der Arbeiter- u. Soldatenrat Rastatt.

Residenz- Theater.

Spielpläne vom Mittwoch, den 27 einschl. Freitag, den 29. November

Waldstrasse
Hella Moja
und
Harry Lamberts Paulsen
in dem 3aktigen Filmspiel
Sie und Er.

Vater wider Willen
Lustspiel in 3 Akten mit
Paul Teddy Heidemann
in der Hauptrolle.

Schillerstr.
Ecke Goethestr.
Das rätselhafte Testament
Schauspiel in 5 Akten.
Erich Kaiser-Tietz
in der Hauptrolle.

Ossi Oswalda
in dem köstlichen Lustspiel
Ich möchte kein Mann sein

Vorsicht Schulze feuergefährlich
Komödie 5850

Durlach Z. grünen Hof.
Der Narr seiner Liebe
Drama in 3 Akten.
Gunnar Tolnaes
in der Hauptrolle.

Erna Morena
in dem 3aktigen Schauspiel
Lulu

Berechtigte Klagen

über **ungerechte Verteilung von Lebensmitteln** sowie **ungerechte Behandlung** vonseiten der Kommunalverbandsbeamten werden zwecks Schaffung von Abhilfe auf dem Geschäftszimmer des 5858

Arbeiter- und Soldatenrat Rastatt
Museum, Poststraße
entgegengenommen.

Habe mich zur Ausübung der ärztlichen Praxis in der Wohnung des verstorbenen Dr. Diedmann

Durlacher Allee 4

niedergelassen und werde täglich von 8—9 und 4—5 1/2 Uhr Sprechstunden abhalten. 5843

Dr. Engelbrecht
prakt. Arzt
Telephon No. 2725. 5843

Weihnachts-Sammlung 1918.

Ausgabe von

Weihnachts-Schachteln

zur Füllung.

Jeder beteilige sich bei der Erfüllung unserer grossen Aufgaben. 5826

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz
Haupt-Sammelstelle Karl-Friedrichstrasse 17.

Verloren wurde am Montag abend gleich nach 6 Uhr durch ein Kriegsinvalide in der Durlacher Allee, zwischen Veilchen- und Georg Friedrichstraße eine schwarze Geldscheintasche mit Mk. 449.— bis Mk. 450.— Inhalt in kleinen Kassenscheinen, meist Karlsruher Kassenscheinen a Mk. 20.—, 15 bis 20 Reichsbrotmarken und einigen Posteinlieferungsscheinen. Der ehrliche Finder wird gebeten, es gegen gute Belohnung im Kontor der Maschinenfabrik Palm, Durlacher Allee 43, abzugeben

---

Uhren-
Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt
Josef Klaus, Uhrmacher
Rüppurrerstraße 20.

Rasier-Klingen
(Gillette), werden haarscharf geschliffen, Stck. 10 Pfg. 5509
Kaiserstr. 34, Laden.

Einfache tüchtige
Frau od. Mädchen
als Haushälterin gesucht.
Zahnarzt **Mahlbacher**
Schützenstr. 7. 5848

Schuhmacher
werden bei guter Bezahlung eingestellt 5852
Schuhflickerei
Waldstr. 13.

Gold gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderaxar, Hamburg 5.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 27. November 1918. 5851

33. Vorstellung des Bad. Landestheaters.

Die schöne Helena.

Komische Oper in 3 Akten.
Text nach dem Französischen des Henri Meilhac und Ludovic Halévy. Musik von J. Offenbach.
Anfang: 7 Uhr. Ende: 10 Uhr.

LULI
Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Pola Negri
in ihrem neuesten Film
Die Augen der Königin Ma.
Dramatisches Lebensbild in 4 Akten mit
Pola Negri und Harry Liedke.

Ester Carena
in
Die sprechende Hand.
Schauspiel in 5 Akten 5839

Anfang tägl. 8 Uhr. Letzte Vorführung 9-11 Uhr.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kassenöffnung 1/4 3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Ebba Thomsen
in 5840
Die Insel der Verdammten.
Drama in 5 Akten.
Spielleiter: Robert Dinesen.

Melita Petri u. Conrad Dreher
in
Der müde Theodor.
Lustspiel in 3 Akten.
Nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von Neal.

Letzte Vorstellung abends von 9—11 Uhr.

Ueberzeugen Sie sich selbst persönlich an
Röntgen-Laboratorium 5807
Zahnarzt Heinsheimer
Kaiserstr. 189 Fernsprecher 594.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen. Adolf Schunk von Koburg, Glaser hier, mit Rosa Roussel von La Bonnaise. Heinrich Gäns von Uerdingen, Sergeant hier, mit Luise Senlaub, geb. Tenutsch von Wasselnheim. Richard Keller von Freiburg i. B., Schlosser hier, mit Anna Schneider von Sredorf.

Todesfälle. Julie Ehlig, alt 61 J., Witwe von Franz Ehlig, Malermeister. Jak. Sattler, Nachtwächter, Ehemann, alt 72 J. Katharina Bauer, alt 7 J., Ehefrau von Christian Bauer, Landwirt. Frieda Bühler, alt 41 J., Ehefrau von August Bühler, Mechaniker. Luise Waibel, 21 J. alt, ledig, ohne Beruf. Josefa Holzhauer, 85 J. alt, Witwe von Johann Holzhauer, Wagnermeister. Josefine Dörzenbach, 64 J. alt, Witwe von Anton Dörzenbach, Bahnwart a. D. Sophie Tippe, 48 J. alt, Witwe von Karl Tippe, Schneider. Karl Buch, Taglöhner, Witwer, 38 J. alt. Georg Orb, Oekonom, Ehemann, 85 J. alt. Amalie Haag, 64 J. alt, ledig, Diakonisse. Ida, 14 Tage alt, V. Josef Ammazzini, Zementeur. Elsa Bothe, 28 J. alt, ledig, gewerbelos. Luise Sternberg, 65 J. alt, Witwe von Hermann Sternberg. Oberbaurat Friedrich Lorenz, Schlosser, Ehemann, 46 J. alt. Anna Burckhardt, 31 J. alt, ledig, ohne Beruf. Hilda Volk, 23 J. alt, ledig, ohne Beruf. Isabella Bär, 23 J. alt, ledig, ohne Beruf.

Brennholz.
Buchen und Eichen, zum Strecken der Kohlen, Forlen, Tannen (Anfeuerholz) amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Abgabestelle: Gerwigstr. 53.
Fr. Kempermann.
Tel. 5206 u. 1504.
Brennholz-Sägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik. 5684

Gute Leipziger
Pelze
jeder Art.
Nur moderne Sachen.
Hauptmode: Fuchsformen Alasca-Fuchs
Wirklich: große Auswahl, mäßige Preise.
Keine teure Ladenmiete.
Nur 5169
Karl Friedrichstr. 6
1 Treppe. K. Schorpp.
Neben Fa. Spiegel & Weis
Nähe Schlossplatz.

Warm und trocken
bleiben die Füße bei Benützung der neuen, leicht anbring- und abnehmbaren
Schuhsohle
mit der „Drahtspirale".
Neuheit! D. R. G. M.
Alleinverkauf bei 5699
Ernst Marx,
Luisenstraße 58.
Telefon 3095.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Reichswaren-Mäntel
Röcke, Blusen
in großer Auswahl

Galerie Moos
Karlsruhe i. Baden.
Kaiserstrasse 187 I.
November 1918
Sonder-Ausstellung
Walter LILIE-Reilingen.

Ferner: Handzeichnungen von Prof. Albert Haueisen. Gemälde von G. Kampmann jr.

Geöffnet: 5030
Werktags: 10—6 Uhr
Sonntags: 11—1 u. 2—4 Uhr.

Einige Groß starke Schwanenfiel zu 17 Mk. per Groß sind abzugeben. Starke Schwanenfiel per Dutzend zu 2 Mk., schwarzer moderner Schulterpelz für 45 Mk. abzugeben, schöner, großer, viereck. Tisch, 15 cm lg., 10[illegible] cm breit. Kaiserstr. 227, Hof links, 1 Tr. bei Vogel. 5860

Städt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder
Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.

Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 3 bis 8 Uhr.

Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit. Samstags bis abends 9 1/2 Uhr und Sonntags geschlossen.

Taschenuhren
auch reparaturbedürftig, kauft
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft 5043
Markgrafstraße 22.

Achtung!
Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und geübten Leuten gut und billig ausgeführt.
Näheres Adam Werle, Göthestr. 21, 4. St.